

Bedrohung oder Notwendigkeit?

Podiumsdiskussion - Das Thema Wolf in seinen vielen Facetten

von

Zell (ger). Dass das Thema Wolf ein brisantes Spannungsfeld beinhaltet, zeigte sich bei der Podiumsdiskussion des CDU-Stadtverbandes Zell/Wiesental mit dem Europa-Abgeordneten und Bezirksvorsitzendem der CDU Südbaden, Andreas Schwab, im ehemaligen Pfarrsaal. Die Veranstaltung wurde von etwa 120 Zuhörern besucht. Überwiegend waren es Nebenerwerbslandwirte und Viehhalter aus der Region. Frankreich als Vorbild Moderator Klaus Wetzel, Ortsvorsteher von Mambach, hoffte auf das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten. Eingangs betonte er, dass der Schwarzwald eine geschätzte Kultur- und Erholungslandschaft sei, deren Erhalt den Landwirten obliegt. „Unsere Landwirte haben in den vergangenen Jahren zunehmend mit Auflagen und Einschränkungen zu kämpfen, die ihnen die Arbeit erschweren.“ Daher sei die Zahl der Betriebe rückläufig. Wenn nun auch noch Zeit und Geld in den Herdenschutz vor dem Wolf investiert werden muss, können weitere Landwirte ihren Beruf an den Nagel hängen, die Pflege und Offenhaltung der überwiegenden Allmendflächen sei nicht mehr gewährleistet. Die Eröffnung übernahm Andreas Schwab. „Relevant ist hier die europaweite Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, diese regelt den besonderen Schutz des Wolfes“, sagte er. Allerdings gebe es in Deutschland ein anderes Bewertungssystem als in Frankreich, wie mit solchen Tieren umgegangen werden soll. Im Nachbarland würde man feststellen, dass die Wolfsbestände nicht bedroht seien, und daher können rechtlich einzelne Exemplare entnommen werden. Hier sei die Bewertungsfläche jedoch erheblich größer als bei den kleinteiligen landesweiten Bewertungen in Deutschland. Eine grundsätzliche Frage sei, wie man in Deutschland zu ähnlichen Bewertungsmaßstäben wie in Frankreich kommen kann. Podiumsteilnehmer Bruno Schmidt, Bürgermeister der Gemeinde Hög-Ehrsberg, meinte in seiner Stellungnahme: „Gerade eben wurde in Fröhnd per Videobeweis ein Wolf gesichtet, insgesamt wurden in unserer Region drei Wölfe beobachtet.“ Die Nebenerwerbslandwirtschaft sei hier in den benachteiligten Zonen schlicht nicht in der Lage, wolfsichere Zäune zu bauen. Hier würden steile Lagen bewirtschaftet, die maschinell nicht befahrbar sind. Er sagte: „Was wollen wir den Landwirten noch alles aufs Auge drücken?“ Unter starkem Beifall sagte Schmidt: „Das ist schlicht eine unmögliche Situation.“ Er betonte: „Im Südschwarzwald passen Wolf und Weidewirtschaft nicht zusammen. Es gibt Gründe genug, darüber nachzudenken, ob der Wolf bei uns bejagt werden darf.“ Aspekt des Naturschutzes Hauke Schneider vom Naturschutzbund Nabu betrachtete das Thema unter anderen Aspekten: „Die Fläche ist ein Lebensraum, in welchem viele verschiedene Arten leben sollen.“ Positive Beispiele im Umgang mit dem Wolf gebe es in St. Blasien, wo Schutzhunde einen guten Einfluss auf den Herdenschutz hätten. Schneider sagte, dass der jetzige Zustand des Naturschutzes nicht „unter einer Käseglocke“ eingefroren werden könne. Er meinte: „Es geht nicht ohne Tierhaltung, aber es geht auch nicht ohne den Wolf.“ Podiumsteilnehmer Micha Herdtfelder von der forstlichen Versuchsanstalt Freiburg sagte: „Wir sind zuständig, Ihnen in der aktuellen Situation zu helfen und eine Herdenschutzberatung durchzuführen.“ Herdtfelder brachte es auf den Punkt: „Man wird hier im Südschwarzwald regelmäßig durchziehende Wölfe haben. Ganz klar ist, dass es bei durchziehenden Einzelgängern größere Schäden gibt,

als bei Rudeln mit funktionierendem Herdenschutz.“ Gudrun Roser von der Kreisjägerschaft sagte knapp: „Der Wolf ist eine streng geschützte Art, dessen Jagd ist verboten. Wir Jäger können momentan nichts tun. Was wir brauchen, ist ein Wolfsmanagement.“ Der illegale Abschluß eines Wolf hätte für den Jäger eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren zur Folge. Allerdings beschäftigen sich die Jäger mit Monitoring, wie die Zurverfügungstellung von Fotomaterial von Videokameras. Referentin Marianne Koch vom BLHV, Kreisverband Lörrach, sprach von Problemen bei der Haftungspflicht bei Schadensfällen mit Schutzhunden. Der Zeller Bürgermeister Peter Palme appellierte an den EU-Abgeordneten und bat eindringlich um Abhilfe durch Änderung des Jagdrechts. Schwab entgegnete: „Das Problem ist nicht nur ein regionales, die Änderung des Jagdrechts ist ein politischer Prozess, der auch Mehrheiten erfordert.“ Diese aber müssten erst einmal vorliegen, sagte er abschließend. Innerhalb der meist sehr sachlichen Diskussion meldeten sich zahlreiche betroffene Landwirte, die größtenteils Bedenken beim Aufstellen und der Pflege von wolfssicheren Zäunen in den Steillagen vorbrachten. Ein Landwirt äußerte unter dem Beifall der übrigen Zuhörer: „Wölfe gehören nach Sibirien und nicht in den Schwarzwald.“ Überwiegend wurde geäußert, dass die Nebenerwerbslandwirte bereits am Ende ihrer Kräfte seien und weitere Anforderungen beim Herdenschutz kaum mehr leisten können.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.